

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Nun aber Arbeitsbeschaffung!

Von Fritz Tarnow, M. d. R.

Es ist höchste Zeit für die Erkenntnis, daß es mit dem bloßen Abwarten jetzt vorbei sein und daß unverzüglich eine zielbewußte aktive Konjunkturpolitik in Angriff genommen werden muß. Wir können selbstverständlich von Deutschland aus die Weltkrise nicht überwinden, auch ihren Auswirkungen können wir uns nicht entziehen. Wir könnten aber trotz Weltkrise ein weit größeres Wirtschafts- und Verbrauchsvolumen haben, wenn durch eine vernünftige Organisation wenigstens diejenigen Produktionsfaktoren zusammengebracht würden, über die wir selbständig in der Volkswirtschaft verfügen.

Konjunkturpolitik heißt Arbeit beschaffen. Nicht Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst, sondern produktive Arbeit. Weil aus der Privatwirtschaft heraus die erforderlichen Arbeitsaufträge nicht anfallen, müssen sie von öffentlichen Stellen systematisch aufgesucht und weitergeleitet werden. Wenn die Privatwirtschaft keine Arbeit findet, heißt das ja nicht, daß keine da wäre. Nichts wäre leichter, als die Verbrauchsgüterindustrien in Bewegung zu setzen, wenn es nur auf einen vorhandenen Bedarf ankäme. Nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems — aus dem wir von heute auf morgen nicht herauspringen können — muß aber erst einmal die Kaufkraft vergrößert werden, bevor wieder mehr Konsumgüter produziert werden können. Und deswegen muß es mit der Mehrbeschäftigung von Arbeitern den Anfang nehmen.

Nun wäre es nach der vorhandenen Sachlage ein halber Wahnsinn, den ohnedem weit übersetzten Produktionsapparat noch mehr zu vergrößern. Tatsächlich rührt der Mangel an Unternehmungslust, der so oft kritisiert wird, auch mit daher, daß es an geeigneten Objekten dafür zu fehlen scheint. Trotz aller Kapitalnot, trotz Kapitalflucht haben sich heute schon wieder bei den Banken liquide Geldreserven angesammelt, die untätig dort liegen, weil es an geeigneter Nachfrage fehlt. Auch die Reichsbank könnte nach ihren letzten Ausweisen den normalen Handelskredit noch wesentlich ausweiten, und es ist ein offenes Geheimnis, daß sie heute nicht so viel Kreditnehmer bekommen kann, wie sie Kredite vergeben möchte. Vielleicht kann auch ein Teil der Auslandskredite, die in Deutschland frei werden, aber auf Grund des erneuerten Stillhalteabkommens in das Ausland nicht abgeführt werden können, für Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland verwertet werden.

Daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden, liegt allerdings zu einem Teil auch daran, daß sie nur kurz- oder höchstens nur mittelfristig zu haben sind, während für Investitionen langfristige gebraucht werden. Eine Reform des Kreditwesens — wofür der vielbesprochene Wagemann-Plan einen gangbaren Weg zu weisen scheint — könnte diese Schwierigkeit sicherlich wesentlich mildern. Zum mindesten für die Ausschöpfung der erreichbaren Kredite fehlt es nicht an Betätigungsmöglichkeiten, die auch den privatkapitalistischen Ansprüchen an Rentabilität und Sicherheit genügen. Bei der allgemeinen Geschäftsunlust bedarf es aber eines organisierten Druckes, um die Initiative auszulösen. Bei der Reichsbahn liegen bereits umfangreiche Projekte für Elektrifizierungen und für Verstärkung des Oberbaues und der Brücken zwecks Indienststellung von Großraumgüterwagen vor. Auch die Reichspost hat Aufträge, namentlich auf dem Schwachstromgebiet, vorbereitet. Es kommt nicht darauf an, ob diese Arbeiten im Augenblick dringend sind. Auf längere Sicht sind sie notwendig und auch rentabel und niemals kann es wichtiger sein, sie für Arbeitsbeschaffungszwecke heranzuziehen, als im Augenblick.

Geradezu trostlos sieht es in der Bauwirtschaft aus, obwohl mindestens an Kleinwohnungen ein großer Mangel ist. Die Vernachlässigung von Reparaturarbeiten, deren Durchführung vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde, kostet viel mehr, als durch die Unterlassung der Arbeiten erspart wird. Es liegen verschiedene Vorschläge für die Finanzierung solcher Arbeitsmöglichkeiten vor und es muß dringend gefordert werden, daß hier etwas Durchgreifendes bald geschieht.

Alle diese Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Erwerbs- und Verkehrswirtschaft und im Rahmen des üblichen Kreditverkehrs bedeuten jedoch noch nicht sehr viel, gemessen an den sechs Millionen, die nach Arbeit schreien. Sie müssen ergänzt werden durch die schleunige Inangriffnahme solcher Arbeiten, die nur volkswirtschaftlich, aber nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind und für die deshalb die Initiative nur von der Öffentlichen Hand ausgehen kann. Dazu gehören vornehmlich die Verbesserung und der Bau von Straßen und Verkehrsbrücken. In früheren Zeiten war es hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen, der Konjunkturen anfanke. Die moderne Verkehrstechnik weist der Straße die Bedeutung zu, die früher den Schienen zukam, so daß sich ganz von selbst für eine aktive Konjunkturpolitik der Blick auf diesen Punkt lenken muß.

Jahr für Jahr werden ungezählte Millionenwerte durch Hochwasser vernichtet. Reich und Länder müssen hierfür als Entschädigung große Summen vergüten. Die Errichtung von Talsperren und Staudämmen wäre sicher für die Volkswirtschaft ein hochrentables Geschäft und für den Augenblick ein ausgezeichnetes Mittel zur Arbeitsbeschaffung.

Das eigentliche Problem der öffentlichen Arbeiten ist natürlich das der Finanzierung. Ist die Öffentliche Hand nicht heute schon in einer so verzweifelten Finanzlage, daß selbst die normalen Aufträge nicht vergeben werden können? Das ist sicher richtig. Dabei ist es keineswegs so, daß etwa die Öffentliche Hand stark überschuldet wäre. Die öffentlichen Schulden sind im

Gegenteil — eine Folge der Abwertung durch die Inflation — heute noch geringer als in der Vorkriegszeit. Nur die Unmöglichkeit, irgendwo in der Welt, selbst bei ausreichender Sicherung durch vorhandene Sachwerte, langfristige Kredite zu bekommen, macht das Finanzierungsproblem so schwierig.

Schwierig heißt aber nicht unlösbar. Wenn nicht anders, wird man durch ganz neue Wege der Kreditpolitik zur Mobilisierung der sachlichen Produktionsfaktoren kommen müssen. Vorschläge auch dafür werden zur Zeit in den beteiligten Kreisen diskutiert, und irgendwie muß ein Weg gefunden werden, der aus dem höllischen Kreise der Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschrumpfung herausführt.

Entscheidend ist die Erkenntnis, daß wir nicht länger auf den automatischen Umschwung der Konjunktur warten können, daß die ökonomischen Grundlagen der Existenz nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes gefährlich bedroht sind, wenn nicht durch eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Mittel der Arbeitsbeschaffung in den eingestauten Wirtschaftsapparat eingegriffen wird.

Die falsche Rechnung . . .

Einige Jahre vor dem Kriege erschien unter dem Titel „Die falsche Rechnung“ ein Buch, das den Engländer Norman Angell zum Verfasser hatte und damals weltberühmt wurde. Heute werden sich nur noch wenige des Buches erinnern.

In diesem Buche nun wurde nachgewiesen, daß sich ein Krieg weder für die Sieger noch für die Besiegten bezahlt mache; daß die durch die moderne Kriegführung bedingten Kosten alle an dem Krieg beteiligten Staaten in wenigen Monaten bankrott macht und damit ein rascher Zusammenbruch der finanziellen Kräfte allen Feindseligkeiten ein schnelles Ende bereiten müßte. Norman Angell brachte den Nachweis, daß also jede Hoffnung eines Volkes, sich durch Krieg und Sieg über ein anderes Volk wirtschaftliche Vorteile zu erobern, an der Sinnlosigkeit eines Rechenexempels zerschellen wird.

Millionen haben damals das Buch gelesen. Gelehrte, Wissenschaftler, Volksführer haben sich mit den Thesen Angells beschäftigt, und für viele weitblickende Geister waren sie schon damals Glaubensbekenntnis. Aber die Politiker, die Diplomaten, die Könige der Presse hatten die Rechnung schon gemacht; für sie gab es kein Zurück mehr. Und so zogen die Völker 1914 in den Krieg.

Diese tatsächliche Entwicklung hat allerdings dazu beigetragen, daß Menschen, die sich in den internationalen Zusammenhängen nicht zurechtfinden können, auch heute noch der Ansicht sind, der Krieg habe sich doch bezahlt gemacht. Von Amerika wird bestimmt angenommen, daß es der Großverdiener des Krieges gewesen ist. Und bei Frankreich und den übrigen Siegerstaaten hatte es lange Zeit auch den Anschein, da sie von Deutschland Milliarden Kriegskosten herausgezogen haben, als ob sie zu den großen Nutznießern des Krieges gehörten.

Und doch ist auch diese Rechnung falsch. Norman Angell hat hier voll Recht behalten: Der Krieg hat für Sieger und Besiegte zum Bankrott geführt. Der Zusammenbruch ist doch gekommen. Die Folgen des Zusammenbruchs, die Verarmung, das Elend der Völker, die Millionen Arbeitslosen, sie machen sich zwar etwas später bemerkbar, aber sie treten auch in jenen Ländern auf, die gesiegt haben. Es hat Frankreich und Amerika nichts genützt, daß für sie aus Blut und Eisen Gold gemünzt wurde. Auch sie können ihren Arbeitslosen kein Brot geben. Auch ihre Banken krachen zusammen. Auch sie sind das Opfer einer falschen Rechnung.

Obwohl es also für die ganze Menschheit klar auf der Hand liegt, daß Kriege noch nie dem sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gedient haben, gibt es immer noch gewisse Kreise, die vom Gegenteil überzeugt sind. Und bedauerlicherweise ist gerade bei solchen Menschen noch die Meinung vorherrschend, daß Kriege ein großes Heil für die Menschheit seien, die irgendwie als Volksführer, als Politiker oder Zeitungsschreiber ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung geltend machen. Ja, man staunt direkt, wenn man uns den Krieg sogar als Heilmittel für die gegenwärtige Krise empfiehlt. So stand zum Beispiel erst in den letzten Tagen in einer europäischen Tageszeitung, die Anspruch darauf erhebt, ernst genommen zu werden, zu lesen, wie die Krise durch einen neuen Krieg beseitigt werden könnte. Groß und breit schreibt so ein Zeitungsschreiber in einer Betrachtung über den chinesisch-japanischen Konflikt folgendes nieder: „Ein Krieg im Fernen Osten würde gut tun. Die Preise würden steigen, Vorräte aufgebraucht werden und eine starke Nachfrage einsetzen — der notwendige Impuls, um das Räderwerk der Industrie wieder in Gang zu bringen, und so würde die Weltkrise zu ihrem Wendepunkt gelangen.“

Ist es nicht haarsträubend, daß angesichts der entsetzlichen Notlage, in die uns der Krieg gebracht hat, derartiges überhaupt geschrieben wird? In diesen Sätzen spiegelt sich aber auch so richtig die ganze Brutalität der kapitalistischen Weltordnung. Die Kapitalisten wissen, daß der Krieg auch sie bankrott gemacht hat. Sie wollen aber das System retten, deswegen sollen die Folgen eines Krieges, die sich nun bald fünfzehn Jahre in Hungersnöten, Arbeitslosigkeit, Zusammenbrüchen und anderen Erscheinungen auf die ganze Menschheit auswirken, durch die Ergebnisse eines neuen Krieges beseitigt werden. Weil sich Europa im vierjährigen Schlachten verblutet hat, soll sich nun Asien verbluten, sollen die Leichenfelder der Chinesen und Japaner für die übrigen Völker zur Lebensbasis werden. Und im nächsten Jahrzehnt sollen vielleicht die Afrikaner oder ein anderer Weltteil dran kommen, bis dann die junge Generation Europas wieder für einen neuen großen Krieg reif geworden ist.

In diesem Kreislauf ungefähr möchte der Kapitalismus die Methoden seines Systems fortsetzen, um aus Blut und Knochen der ganzen Menschheit immer wieder Gold zu münzen. Und das sollen sich die Völker für alle Zeiten gefallen lassen?!? K. D. H.

Zur Verstaatlichung der Montanindustrie

Privatwirtschaft oder Volkswirtschaft?

„Sie sagen sozialisieren und meinen stehlen.“ (Bergwerks-Zeitung.)

F. K. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag auf Verstaatlichung der Montanindustrie eingebracht. Es soll nach dem Antrag eine billige Entschädigung gewährt werden. Man braucht wohl nicht zu betonen, daß die Herren der Schwerindustrie, ja die ganze Kapitalistenklasse der Forderung den äußersten Widerstand entgegenzusetzen wird. Die Herrschaften wissen, daß es für sie hierbei um die Wurst geht. Sie wissen, daß mit der Verstaatlichung der Montanindustrie ihrer Herrschaft über den Staat und seinem lebendigen und toten Inventar der herbeste Schlag versetzt ist. Sie wissen, daß es dann mit dem einträglichen Geschäft zu Ende geht, die Staatskasse zu schröpfen, die Verbraucherschicht zu brandschatzen und die Lohntüte des Arbeiters zu leeren.

Weil die Herrschaften das alles sehr wohl wissen, werden sie zunächst mit einer Verwirrung der öffentlichen Meinung sondergleichen einsetzen. Sie werden trachten, alles Bisherige an Täuschungen, Verdrehungen und Dummachen zu übertreffen, was gewiß etwas heißen will. Die Bergwerks-Zeitung hat schon den Anfang gemacht. Am 28. Februar schreibt sie zu der Bestrebung der Verstaatlichung:

„Sie sagen sozialisieren und meinen stehlen. Stehlen auf 'legalem Wege', offen forttragen! Man schämt sich bereits nicht mehr, die Forderung des Diebstahls mit Hilfe der Gesetzgebung offen aufzustellen...“

Mit dem „Stehlen auf legalem Wege“ meint die Bergwerks-Zeitung keineswegs den vielfältigen Lohnraub der letzten Zeit, mit dem „offen forttragen“ meint sie auch nicht die 715 Millionen, die die Ruhrherren für ihren „Patriotismus“ aus der Reichskasse zogen, und mit dem „Diebstahl mit Hilfe der Gesetzgebung“ meint sie auch nicht die Auswucherung der Verbraucher durch Zollgesetze zugunsten der Schwerindustriellen. Nein, das alles meint die Bergwerks-Zeitung bestimmt nicht, sondern den Versuch, ein Gut, mit dem die jetzigen Verwalter schändlich Mißbrauch getrieben und das sie in Grund und Boden gewirtschaftet haben, dem Volke zurückzugeben, dem es, wenn auch nicht juristisch, sonst aber in jedem Betracht längst gehört. In der Tat.

Die Schwerindustriellen belieben zwar die Kohlen- und Eisenwirtschaft ihr Eigentum zu nennen, und sie behandeln sie so, als wenn sie ihr Privateigentum wäre. Daß sie das noch können, ist der Gutmütigkeit des Volkes oder der sträflichen Nachlässigkeit seiner Gesetzgebung

Aus dem Inhalt

Nun aber Arbeitsbeschaffung — Die falsche Rechnung	61
Privatwirtschaft oder Volkswirtschaft?	61
Die große Bankensanierung — Preissenkungsaktion beendet	62
Die gute Stube — Mein Kind lügt...!	63
Die Gehälter der Angestellten — Vom Vorstand	64
Verstärkung durch Vereinigung — Enttäuschung in Rußland	65
Sorgt für Arbeitslosen-Werkstätten — Schriftenschau	66

zuzuschreiben. Betrachten wir dieses Privateigentum und diese Privatwirtschaft etwas näher.

Wem gehört eigentlich die sogenannte Privatwirtschaft? Den Aktionären oder bestimmten Banken? Die Aktionäre sind in der ganzen Welt zerstreut, es mögen Amerikaner, Holländer, Deutsche oder Briten sein. An ihrer sogenannten Privatwirtschaft haben sie weiter kein Interesse, als daß sie ihnen hohe Dividenden abwirft. In anderer Weise als durch Kupon kommen sie mit dieser Wirtschaft gar nicht in Berührung. Eine Sache, mit der sie in keine persönliche Beziehung treten, können sie wohl auch nicht bewirtschaften. Tatsächlich fördern die Aktionäre weder Kohle noch Eisen. Das tun Angestellte und Beamten. Diese bewirtschaften die Industrie; deren Eigentum müßte die Montanindustrie sein, wenn es an ihr Privateigentum überhaupt gehen dürfte.

Man kann sagen, aber den Banken gehört die Industrie, weil diese ja ihr Geld hineingesteckt haben. Sehen wir zu. Mit wessen Geld haben die Banken die Aktien gekauft? Doch mit dem Gelde ihrer Einleger, mit dem Gelde von Zehntausenden von kleinen Sparern. Wenn jemand neben den Kohlen- und Hüttenarbeitern Anrecht auf die Industrie hätte, dann die Einleger der Banken, deren Geld die Industrie belebt. Aber den vielen Bankkunden wird es nicht einfallen, sich als Eigentümer der Industrie aufzuspielen.

Nun mag man einwenden, die Herren der Schwerindustrie haben ihr eigenes Vermögen darin angelegt. Ob das wirklich an dem ist, läßt sich bei dem fortwährenden Verschieben von Aktienpaketen schwer feststellen, noch weniger, wie stark das private Geld der Herren dort vertreten ist. Aber wie klein oder wie groß man immer das private Geld dieser Herren in der Schwerindustrie schätzen mag, so hoch ist es auf keinen Fall, daß die Herren berechtigt wären, zu behaupten, die Industrie sei ihr Privateigentum.

Allein, selbst wenn man annimmt, was natürlich nicht zutrifft, von den jetzigen Besitzern der Schwerindustrie stamme tatsächlich der größte Teil ihres Kapitals, so würde das nicht das geringste gegen das Eigentumsrecht des Volkes an der Industrie besagen. Man muß sich nur erinnern, was es mit dem Kapital der Schwerindustrie für eine Bewandnis hat. Die Schwerindustrie hat bedeutend mehr, als ihr Kapital heute ausmacht, an Zollerträgen, Subventionen, Steuernachlässen und dergleichen bekommen. Millionen, nein Milliarden sind der Schwerindustrie aus den Taschen der Verbraucher und aus dem Steuersäckel zugeflossen. In der ganzen Welt ist keine Industrie aufzutreiben, die so unerhört auf

Kosten der Allgemeinheit gewirtschaftet hat wie die deutsche Schwerindustrie. Vom tiefsten Kohlenraum bis zur Blitzableiterspitze auf dem Werkschlot ist alles mit öffentlichen Mitteln mehrfach bezahlt worden.

Trotz der ständigen milliardenschweren Zuwendungen an öffentlichen Mitteln kann die Schwerindustrie nicht bestehen. Ihre Rufe nach weiterem Zollschutz, noch mehr Subventionen und noch ärgeren Lohnkürzungen hören nicht auf. Das sogenannte Privateigentum der Schwerindustriellen hat, wie man sieht, die Eigentümlichkeit, daß es nur noch durch die Hilfe anderer erhalten werden kann. Eine Privatwirtschaft, die selbst durch einen dicken Goldstrom aus fremden Quellen völlig zerrwirtschaftet ist, muß endlich in fähigere Hände überführt werden. Das entspricht der einfachsten Billigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft.

Die Herren wissen natürlich sehr wohl, warum sie noch weiter Herren in dem Hause bleiben wollen, das ihnen gar nicht gehört. Der heutige Zustand bedeutet für sie die Möglichkeit, für sich selbst ein goldiges Einkommen, für ihre Sippe fette Ämter und für ihre Trabanten allerhand Pöstchen zu besorgen. Durch ihr Monopol in der Belieferung sind die Herren in stände, Zehntausende von Fabrikanten und Händlern in Notmäßigkeit zu halten. Durch den Besitz der für Staat und Volkswirtschaft so lebenswichtigen Industrie sind sie in der Lage, die Hand an der Gurgel des Staates, den Fuß im Nacken der Gesetzgebung und die Klauen in der Tasche der Arbeiter zu halten. Indem sich die Schwerindustriellen gegen die Verstaatlichung wehren, verteidigen sie ihre überaus einträgliche Herrschaft über den Staat, seine Bürger, die Verbraucher und über ein kaum überschätzbares Gut der Öffentlichkeit.

In ihrem Kampfe gegen die Verstaatlichung verteidigen die Herren der Schwerindustrie somit die Schlüsselgoldiger Vorrechte, aus der sie fleißig schöpfen, und die sie von anderen auffüllen lassen, wenn sie sie leerschöpfen haben. Die Idylle ist zu schön für die Schwerindustriellen, als daß sie sie nicht mit Klauen und Zähnen verteidigten, sie ist aber für die Volkswirtschaft und die Verbraucher zu schädlich, als daß sie noch länger geduldet werden dürfte. Die schwerindustrielle Privatwirtschaft ist nicht mehr in stände, privat zu wirtschaften, denn sie wird durch die Bank von bezahlten Kräften bewirtschaftet; und sie ist auch kein Privateigentum mehr, denn ihr ganzes Kapital stammt aus öffentlichen Quellen. Durch die Verstaatlichung der Schwerindustrie wird eine alte Fiktion zerstört, und der öffentlichen Hand zurückgegeben, was ihr schon längst in aller Form des Rechtes gehört.

Die große Bankensanierung

Von Dr. Gregor Bienstock

Bei dem jetzigen „Aufwachen“ der Großbanken handelt es sich zunächst um eine Bereinigung der Krise, die im Juli vorigen Jahres über die deutsche Kreditwirtschaft hereinbrochen ist. Wer die Hauptverantwortung für jene Krise trägt, die beinahe zu einem Verhängnis für die gesamte Wirtschaft wurde, darüber sind ja die Meinungen sehr geteilt. Wir sind persönlich überzeugt, daß neben den Fehlern der Wirtschaftsführung, vor allem die nationalistischen Einflüsse nicht in genügendem Maße Widerstand leistende Außenpolitik viel dazu beigetragen hat, das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft im Auslande zu untergraben. Dieses Vertrauen ist noch nicht wieder zurückgekehrt. Darüber soll man sich keinen Illusionen hingeben.

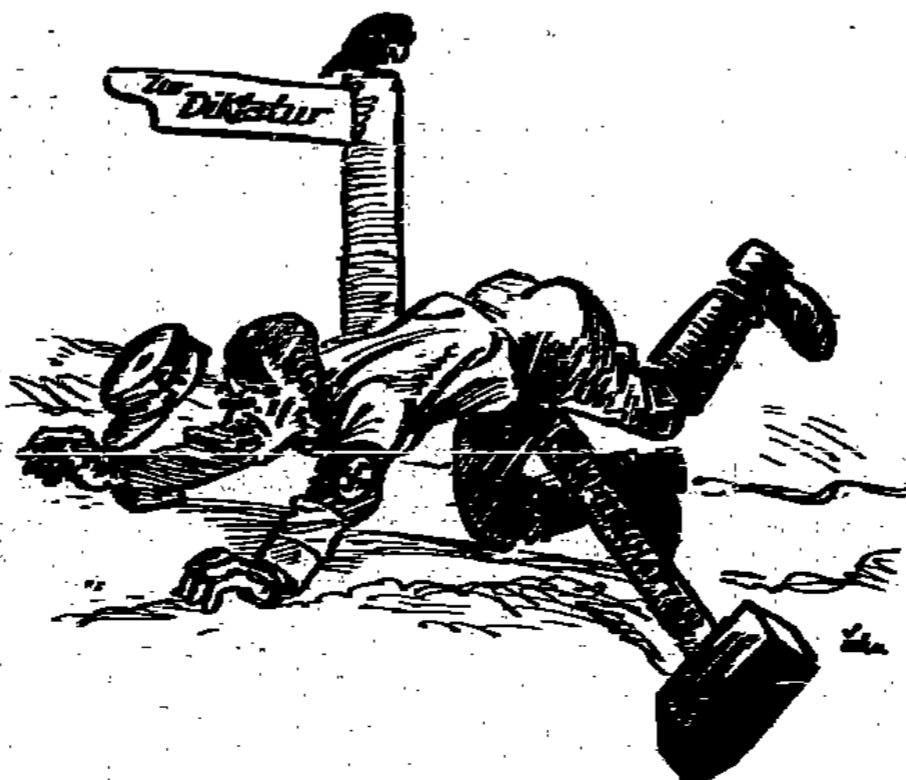
Soweit man heute klar sehen kann, hat man, zweifellos unter dem Druck der Reichsregierung, alles „abgeschrieben“, was nicht vom gesunden kaufmännischen Standpunkt stich- und hiebhaft war. Es handelt sich bei den drei großen Bankkonzernen — Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Dresdner-Danathbank und Commerzbank-Barmer Bankverein — um die Abschreibung einer gewaltigen Kapitalsumme von 682 Millionen Reichsmark. Diese Zahl des verlorenen Kapitals drückt nur einen geringen Teil des großen Kapitalschwundes aus, den die deutsche Wirtschaft seit 1929 erlebt hat. Wie tief das Vertrauen zu den Banken erschüttert war, zeigt eine andere Zahl: Am Jahresende 1930 haben die beiden großen Bankkonzerne, die jetzt zu einer Anstalt vereinigt werden, die Danathbank und die Dresdner Bank, zusammen für 45 Milliarden M Kreditoren gehabt, Ende 1931 aber bloß 2,7 Milliarden. Im Laufe eines Jahres haben also die Gläubiger dieser Banken ihren 1,8 Milliarden M entzogen. Ein solcher „Run“ ist bis jetzt in der Wirtschaftsgeschichte noch nicht vorgekommen, wie überhaupt die Ausmaße dieser ganzen Sanierung ins Riesenhafte steigen.

Die Kosten der Abschreibung, das heißt des Verzichtes auf eine Reihe unsicher gewordenen oder einfach nicht mehr einzutreibenden Forderungen müssen zunächst die Aktionäre tragen. Hier kann man wirklich von einer Enteignung reden. Denn der Inhaber von Deutsche-Bank-Aktien büßt nun 60 vH seines Kapitals ein, während die Aktionäre der Danathbank, der Dresdner und Commerzbank sogar 70 vH verlieren. Übrigens wird durch die eben durchgeführte Operation lediglich jener Verlust festgestellt, den die Aktionäre ohnehin bereits durch den Kursverlust erlitten haben. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß eine kapitalistische Krise, in diesem Falle in der besonderen Form einer Bankenkrise, zur Enteignung von einer Reihe Mittel- und Kleinkapitalisten führt. Wir haben bis jetzt wenig oder nichts darüber gehört, welche Einbußen an Kapital die Bankgewaltigen selbst erlitten haben.

Während die Kleinaktionäre für die Vergangenheit haften müssen, wird dem Staat, das heißt in letzter Instanz doch dem Steuerzahler, die Sorge für die Gegenwart und die Zukunft übertragen. Und hierin liegt der beachtenswerteste Zug der Bankensanierung. Die öffentliche Hand mußte, sei es direkt oder indirekt, das abgeschriebene Kapital bis zu einem gewissen Betrage auffüllen. Ohne diese Einmischung des Staates war ja die Sanierung unmöglich. Im ganzen hat das Reich unmittelbar oder durch die Vermittlung der

Golddiskontbank seit vorigem Juli rd. 600 Millionen in die Großbanken hineingepumpt. Dadurch hat die öffentliche Hand in zwei Großbanken die absolute Herrschaft erworben, während sie in der dritten Großbank vorläufig noch einen bedeutenden Teil des neuen Aktienkapitals übernommen hat. In der neuen Dresdner Bank besitzt das Reich oder die Golddiskontbank, die ja bloß als Tochtergesellschaft der Reichsbank anzusehen ist, ja überhaupt fast das ganze Aktienkapital, 200 Millionen von 250 Millionen (zusammen mit dem Reservekapital). In der neuen Commerzbank besitzt die öffentliche Hand gleichfalls die größere Hälfte des Aktienkapitals (56 von 110 Millionen). Bei der DD-Bank hat die Golddiskontbank vorläufig etwas weniger als ein Drittel des Kapitals übernommen. In ganzen erreicht die gegenwärtige Beteiligung der öffentlichen Hand bei den Großbanken die hübsche Summe von 316 Millionen Reichsmark. Viel wichtiger als die Beteiligungszahl ist jedoch die Tatsache, daß der Staat heute tatsächlich in deutschen Bankgewerbe eine beherrschende Stellung eingenommen hat. Die größte deutsche Bank — das ist heute die neue Dresdner Bank — befindet sich ganz unter staatlichem Einfluß. Sie kann nun als eine öffentliche Bank angesprochen werden. Das gleiche gilt aber, wenn auch mit einem bedeutenden Abstand, auch für die neue Commerzbank. Es stehen eigentlich gegenwärtig — wenn man von der Reichskreditgesellschaft mit ihrer besonderen Struktur absieht — zwei privaten Großbanken, der DD-Bank und der Handelsgesellschaft, zwei öffentliche Banken gegenüber. Damit hat übrigens die Konzentration in deutschen Bankgewerbe einen Höhepunkt erreicht, der in keinem anderen Lande zu beobachten ist. Neben dem Verschwinden der Danathbank ist noch das Aufgehen der letzten wirklich großen Provinzbank, des Barmer Bankvereins, in die Commerzbank von besonderer Bedeutung. Man kann heute mit vollem Recht sagen, daß jetzt in Berlin alle Fäden der deutschen Wirtschaft in den vier Großbanken zusammenlaufen, von denen zwei unter staatlichem Einfluß stehen.

Können aber auch wir als Sozialisten und grundsätz-



liche Anhänger der Planwirtschaft mit der heutigen Regelung des Bankproblems zufrieden sein? Vorläufig sehen wir ja bloß, daß der Staat sich mit den Mitteln des Steuerzahlers stark bei dieser ganzen Geschichte engagiert hat. Ob diese staatliche Beteiligung mit einer wesentlichen Kontrolle zum Wohle der Allgemeinheit verbunden sein wird, das ist noch sehr die Frage. Der Eintritt von einigen „öffentlich“ eingestellten Direktoren in den Vorstand der neuen Dresdner Bank kann unmöglich als eine genügende Sicherheit betrachtet werden.

Ob die neugestalteten Mammutgebilde auch geschmeidig genug sein werden, um nun die Sanierung der Wirtschaft in günstigem Sinne zu beeinflussen — denn darauf kommt es ja in erster Linie an —, das muß auch noch bewiesen werden. Formell, aber eben nur formell, hat ja zweifellos der Gedanke der staatlichen Einmischung in wirtschaftliche Dinge einen großen Sieg errungen. Im wesentlichen aber hängt es davon ab, mit welchem Inhalt dieser äußere Rahmen ausgefüllt wird. Die gegenwärtige Bankensanierung kann zu einer wichtigen Etappe auf dem Wege zu einer sozialistischen Gestaltung der Wirtschaft werden. Ob sie tatsächlich zu einer solchen Etappe wird, das wird von der Entwicklung des Kräfteverhältnisses in kommenden politischen Kämpfen abhängen.

Preissenkungsaktion beendet!

Und das Ergebnis?

Am 29. Februar erklärte der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, im Rundfunk, daß seine Tätigkeit im großen und ganzen beendet sei. Er erklärte weiter, die deutsche Wirtschaft sei auf einen Beharrungszustand gelangt, der so stabil sei, daß wirtschaftliche Dispositionen wieder für eine gewisse Zeit getroffen werden können. Immerhin sei eine Senkung des Index um 7 bis 9 vH erreicht, wie sie seit der Inflation in einem so kurzen Zeitraum noch nicht stattgefunden habe.

Soweit Dr. Goerdeler. Er mag mit seiner Arbeit zufrieden sein. Die Lohn- und Gehaltsempfänger können dies nicht sagen. Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten für den Monat Februar kann als Vergleichsmaßstab in Beziehung zu den Lohn- und Gehaltsenkungen angesehen werden. Der Lebenshaltungskostenindex im Februar beträgt 122,3 vH gegenüber 124,5 vH im Januar und 130,4 im Dezember 1931. Vom Januar bis Februar ist nur ein Rückgang der Lebenshaltungskosten um 1,8 vH festzustellen. Seit dem Monat Dezember bis Februar ist im ganzen nur eine Preissenkung der Lebenshaltungskosten von 6 vH eingetreten. Nimmt man die Monate Dezember, Januar und Februar, so ergibt sich eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 7 vH. Selbst die amtliche Berechnung der Tariflöhne stellt eine stärkere Senkung der Arbeitseinkommen fest. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Löhne und Angestelltgehälter im Durchschnitt nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 um 12 vH gesunken sind. Es wäre also eine Verschlechterung des sozialen Lebensstandards von etwa 5 vH festzustellen. Die Zusicherung der Regierung, daß der Lebensstandard durch die Lohnsenkungen sich nicht verschlechtern sollte, sondern durch Preisabbau auszugleichen sei, ist also nicht eingetreten. Die „schicksalhafte Verbundenheit“ der Löhne und Preise, wie der deutsche Reichskanzler erklärte, hat sich als höchst unzuverlässig erwiesen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind also die Geprüllten. Das Experiment der Lohn- und Preissenkung ist fehlergeschlagen. Hinfort kann sich das arbeitende Volk auf niemand anders als auf seine eigene Kraft verlassen.

Die andern sind schuld!

Das größte deutsche Industrieunternehmen, die Vereinigte Stahlwerke A.G., legt seinen Geschäftsbericht vor. Es spiegelt sich darin der Niedergang der deutschen Produktionswirtschaft sehr deutlich wider. Die Rohstahlgewinnung ging im letzten Geschäftsjahr, das am 30. September 1931 endete, um 33 vH, die Roheisenerzeugung um 38 vH, die Kokerzeugung um 40 vH und die Steinkohlenförderung um 29 vH zurück. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten sank von 151 000 auf 111 000.

In den besten Beschäftigungsjahren beschäftigten die Vereinigten Stahlwerke 220 000 Personen. Die Belegschaft hat sich aber um die Hälfte vermindert. Daneben werden noch umfangreiche Feierschichten eingelegt, so daß die Belegschaft beispielsweise im Bergbau anstatt 300 nur 249 Tage im Jahr arbeitet. Wenn man danebenhält, daß auch der Gesamtdurchschnittserlös für Rohprodukte, Halbzeug und Fertigprodukte wesentlich gesunken ist, so ist es in der Tat ein schweres Jahr, über das berichtet werden mußte.

Es ist nun vermerkwürdig, wie die Schwerindustrie die Schuld auf — andere schiebt. Im allgemeinen Bericht wird u. a. folgendes ausgeführt: „Eine Untersuchung der besonderen Gründe der deutschen Krise, losgelöst von der Sonderbelastung durch die Tribute und von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, führt zu folgendem Ergebnis: Die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft sind durch die Bindung auf der Lohn- und Gehaltsseite und die immer zunehmende Belastung durch die Steuern und Sozialpolitik dauernd gestiegen.“

Diese dösigte Einstellung zieht sich durch den ganzen Bericht. Es wird ferner eine Umstellung unserer Wirtschaftspolitik auf dem Inlandsmarkt gefordert. Erste und wichtigste Aufgabe würde die Wiederaufrichtung des Binnenmarktes sein. Was man damit meint, ist nicht sehr klar ausgedrückt. Wahrscheinlich meint man Erhöhung der Schutzzölle und ähnliche Maßnahmen. Des ferneren wird eine Wiederherstellung der Produktivität der deutschen Gütererzeugung in Landwirtschaft und Industrie gefordert. Unter Produktivität versteht man Herabsetzung der Gestehungskosten, also der Löhne und Sozialabgaben, und die Erhöhung der Erlöse.

Es ist gar nicht zu verkennen, daß die Schwerindustrie unter der Krise leidet. Dies trifft aber nicht minder auf die verarbeitende Industrie zu, und nicht zuletzt auf die Lohn- und Gehaltsempfänger, die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf Hungerrationen gesetzt werden. Betriebe, wie die Vereinigten Stahlwerke, sind überkapitalisiert. Ein großer Kapitalschnitt wird nicht zu umgehen sein. Mit der Einziehung von 25 Millionen Aktien ist es nicht getan. Die Löhne der Arbeiter der Schwerindustrie sind die niedrigsten in ganz Deutschland. Dabei müssen sie die schwerste Arbeit leisten.

Frauen wandern aus

Die Zahl der auswandernden Frauen ist stark gestiegen. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Frauen an der Auswanderung nur 33,9 vH, in den Jahren 1928 bis 1930 aber waren es 46 bis 48 vH. Was aber auch auffällt, das ist die Zahl der Frauen, die auf eigene Faust auswandern. Früher wanderten die Frauen aus als Töchter mit ihren Eltern oder als Ehefrauen mit ihren Männern. Heute aber stehen 75 vH der auswandernden Frauen auf eigenen Füßen.

Auch diese Zahlen zeigen, wie sehr heute auch die Frau vom internationalen Wirtschaftsgetriebe erfaßt worden ist.



Familie und Heim



Die gute Stube

Als Fritz Werner seinen Ehebund schloß, waren alle seine Kollegen der Ansicht, daß dieser Bund glücklich werden müßte. Als tüchtiger Metalldreher hatte Fritz ja Aussicht auf dauernde Beschäftigung. Und Lisbeth, seine Auserwählte, war ja gerade das, was er lange gesucht hatte. Er wollte nicht so eine vom Ladentisch oder der Tippmaschine, denn diese hatten zwar nach seiner Meinung einen guten Tanzschritt gelernt, aber den Haushalt empfanden sie stets als Last. Lisbeth aber hatte jahrelang bei feinen Herrschaften gedient, auf sie konnte er sich verlassen. Ja, sie war noch eine von der „alten Schule“. Mit dem Putzlappen in der Hand schaffte sie unermüdlich, denn ihr Stolz und Ehrgeiz war, ihrem Fritz ein „gemütliches Heim“ zu schaffen.

Und ihre Glanzleistung war die gute Stube. Lisbeth war der Meinung, auch der Arbeiter müsse sich ein besonders sauberes Zimmer halten, in das der Besuch hineingeführt werden konnte. So ein Zimmer kostete zwar Mühe und verkleinerte den nützlichen Wohnraum, wahrte aber den guten Ruf der Hausfrau.

So dachte Frau Lisbeth, und in vielen Arbeiterfamilien denkt man ebenso. Fritz betrat daher auch nicht oft sein gutes Zimmer, aber seine fleißige Frau putzte es alle Tage. Und gar am Sonnabend, dem allgemeinen Putztag, kam alles an die Reihe: Möbel, Betten, Fenster, Wände und Decke. Und, wenn Lisbeth dann am Abend erschöpft endlich fertig war, rief sie ihren Fritz von der Zeitung oder dem Buche weg. „Da, Fritz, schau mal her!“ Und Fritz schaute in sein Allerheiligstes. Alles blitzblank. Über dem Sofa das Brett mit allen jenen kleinen Säckelchen, die man so gelegentlich geschenkt erhält. Und dann die Bilder! Photographien der ganzen Verwandtschaft in allen Lebensaltern und allen nur möglichen Stellungen. „Wunderbar, einfach wunderbar!“ Mehr konnte Fritz darüber nicht sagen. Obwohl er sich eingestehen mußte, daß er nicht begreifen konnte, wozu aller dieser Kram da war, so schwieg er doch, weil ja die Lisbeth, die bei feinen Herrschaften gedient hatte, es sicher besser wissen mußte, was sich gehört.

Für das Schlafzimmer kaufte Lisbeth ein „Ölgemälde“, darstellend eine Sommerlandschaft im Mondenschein, in welcher drei Feen tanzten, und auf den Betten lag eine blaue Decke und darüber eine durchbrochene Spitzendecke. Morgens mußte man früh aufstehen, um Zeit zu gewinnen, die Betten zu ordnen und die Decken sorgfältig darüber zu breiten.

Lisbeth fühlte sich reichlich belohnt für ihre Mühe durch das Urteil der Frau Krause von nebenan, die oft sagte: „Bei euch ist es halt schön, ihr seid zu beneiden.“ Der Fritz, das merkte sie bald, hatte keinen Schönheits-sinn; aber es gab noch mehr solcher Leute. Kam doch einmal ein Kollege vom Fritz zum Besuch, und als ihm, wie üblich, das gute Zimmer gezeigt wurde, fragte er: „Sagt mal, habt ihr euer Wohnzimmer auch zum Wohnen?“ Das sieht ja gar nicht verwohnt aus.“ Diesen Menschen konnte Lisbeth nun nicht mehr leiden.

Die Ehe blieb kinderlos, und das war gut; denn wie hätte die Wohnung ausgesehen, wenn einige Schreihäuse auf dem Boden herumgekrabbelt wären, wie bei Krauses nebenan? Bei denen war das Sofa zertreten, die Schranktüren zerkratzt, die Wände verkritzelt und die Betten... Was hatte dagegen Lisbeth ihrem Fritz für ein gemütliches Heim geschaffen! Der hatte jedoch nie ein Wort der Anerkennung. Er hockte in der Küche auf seinem Holzschmel und las verrückte Bücher. Nein, solch ein Mensch paßte nicht zu ihr, der paßte eher zu Krauses nebenan, wo die Eltern und Kinder auf dem halb zertrümmerten Gerümpel saßen und immer quietschten.

Als der Weltkrieg kam, mußte auch Fritz mit Lisbeth ihre Wohnung ab und zog zu ihrer Schwester. Aber ab und zu ging sie hinüber und putzte das gute Zimmer. Aber sie sehnte sich nach dem Ende des Krieges und freute sich im voraus auf den Augenblick, wo sie ihrem Fritz diesen Raum wieder zeigen konnte. Fritz kehrte heim und war jetzt noch stiller als vorher. Als ihm die Gattin das gute Zimmer aufschloß, sah er nur flüchtig hinein und murmelte: „Ja, ja, wie früher und doch anders.“ Aber auch Frau Lisbeth war eine andere geworden. Hastiger noch gab sie sich der Reinigungsarbeit hin. Sie putzte, wo nur ein Staubchen zu vermuten war, bis sie erschöpft niedersank. Allerlei sonderbare Erscheinungen traten bei ihr ein. Der Arzt sagte zu Fritz: „Ja, mein Lieber, jetzt kommen bei Ihrer Frau die Wechseljahre, da müssen Sie große Geduld mit ihr haben.“ Fritz wurde geduldiger und Lisbeth immer nervöser und unzufriedener, weil sie die gute Stube nicht mehr so instand halten konnte, wie es dem guten Rufe der Hausfrau entsprach. Noch im Krankenhaus ermahnte sie ihren Fritz, das gute Zimmer sauber zu halten. Und eines Tages bekam sie ihre kleine Kammer, die wir alle einmal beziehen.

Fritz hatte seine Lisbeth stets gern gehabt, denn er schätzte ihren guten Willen, ihm ein gemütliches Heim zu schaffen. Jetzt konnte er zu jeder Zeit sein gutes Zimmer betreten. Aber er schreckte davon zurück, denn dieses Gemach kam ihm vor wie eine Folterkammer, in der sein Weib zugrunde gegangen war. Fritz verteilte den ganzen Plunder an Verwandte, die mit barmherziger Liebe diese Andenken an die teure Entschlafene aufnahmen.

Es kam die Zeit des Aussetzens. Fritz hatte Dreitagsarbeit. Er wanderte viel und dachte an seine Lisbeth. Es ist doch vielleicht gut so, sagte er sich immer wieder, daß es so gekommen ist. Eines Tages riefen ihn Kollegen auf der Straße an: „Fritz, du bist doch ein guter Lautenspieler, komm einmal mit ins Jugendheim und zeige unseren Burschen die richtigen Griffe und bringe ihnen Takt bei.“ Fritz sah sich verwundert das Jugendheim

an. Auf der ganzen großen Wand nur ein einziges Bild. „Aber das sieht doch ungemütlich aus, warum hängt ihr keine Bilder auf?“ Wir brauchen keine Staubsammler und Wanzennester“, belehrte man ihn. Einer brachte ihm eine Laute. Als Fritz einige Akkorde griff, wurde ihm weh ums Herz, er dachte an seine Lisbeth, der er bei gesunden Zeiten oft vorgespielt hatte. Die fröhliche Jugendschar saß erwartungsvoll da, und so faßte er sich, spielte und wurde froh mit den Fröhlichen. Aus dem Gast wurde ein ständiger Freund und Förderer der Jugend. Das Heim mit seinen kahlen Wänden wurde für ihn ein Raum voll Behaglichkeit. Hier waren lebende Wesen vorhanden, an denen er formen und bessern konnte. Es galt, manchen „Staub der alten Tradition“ von den jungen Seelen zu putzen, der von den Vorfahren übernommen war.

Als der alte Krause dies erfuhr, drehte er sich auf den Schusterschemmel um und sagte: „Siehst du, Mutter, der Fritz hat jetzt doch sein ‚gutes Zimmer‘ gefunden, in dem er sich wohlfühlt. Die gute Stube seiner Lisbeth war falsch möbliert.“

M. Schmidt.

Mein Kind lügt ...!

„Mein Kind lügt. Was soll ich tun?“

Mit dieser Klage kommen des öfteren Mütter und fragen um Rat. Je jünger der Sprößling ist, an dem man die Lüge oder das Lügen beobachtet haben will, um so größer ist die Verzweiflung der Mütter.

Aus den Erzählungen der Mütter geht hervor, daß sie sich über den Begriff „Lüge“ selbst nicht im klaren sind, sondern kurzweg alle Aussprüche, die nicht der Wirklichkeit entsprechen, als Lüge bezeichnen. Damit aber beweisen sie, daß sie dem völlig andersgearteten kindlichen Seelenleben keine Rechnung tragen, sondern schon vom zweijährigen Kinde eine Wert-, Raum- und Zeitkenntnis verlangen, dazu noch ein ausgebildetes Denken, wie wir es kaum beim vierzehnjährigen finden.

Ehe man darangeht, einen unrichtigen Ausspruch eines Kindes zu beurteilen oder gar zu verurteilen, muß man bedenken, daß unter „Lüge“ eine bewußt-falsche Aussage zu verstehen ist, die dazu dienen soll, durch die Täuschung anderer ein bestimmtes Ziel zu erreichen. So haben wir also in der Lüge ein Dreifaches: das Bewußtsein der Falschheit (von seiten des Kindes), die Absicht der Täuschung und die Anwendung des obigen aus Zweckmäßigkeitgründen. Fehlt jedoch eines oder gar zwei dieser Merkmale, so weiß man bestimmt, daß es sich nicht um Lügen, sondern um sog. „Scheintlügen“ handelt, wie sie das Fabulieren, die Phantasie und oft auch die Erinnerungstäuschungen des Kindes erzeugen.

So sah zum Beispiel ein Kind eine Truppe Neger des Zirkus durch die Stadt gehen. Zu Hause wird es darüber ausgefragt, ob es viele gewesen seien, wie die Kleidung war, ob sie auch Ohren- und Nasenringe gehabt hätten. Durch das Ausfragen der Erwachsenen fühlte sich das Kind als der Mittelpunkt, fühlte sich somit auch verpflichtet, etwas zu bieten, fing an zu über-treiben und auf alle suggestiven Fragen der Erwachsenen mit „ja“ zu antworten. Und nun hieß es natürlich: „Sei still, du lügst ja!“ Wo war aber hier die bewußte Täuschung mit dem dahinterstehenden Zweck?

Ein anderes Kind erzählte im Nachbarhause: „Mein Vater schafft weil (Weilarbeit), da bringt er viel Geld heim.“ Auf die Frage, wieviel er denn heimbringe, meinte der kleine Mann: „Beinah hundert Mark“. Später kam es zu Sticheleien zwischen den beiden Familien, deren Endergebnis war, daß der vierjährige Junge eine Tracht Prügel bekam, weil er „gelogen“ hatte, denn sein Vater verdiente nur etwa 40 Mark. Nun muß doch jeder denkende Mensch zugeben, daß diesem Kinde der Wert von vierzig oder hundert Mark nicht aufgegangen sein kann. Wo liegt da das Recht zum Urteil „Lüge“? Für diesen Jungen war jetzt einfach das Wort „hundert“ der Begriff für „sehr viel“. Man findet also hier kein einziges der Lügenmerkmale.

Viele Beispiele belegen, daß man es vor allem beim vorschulpflichtigen Kinde meist mit solchen „Scheintlügen“ zu tun hat, obgleich man auch schon vereinzelt echte Lügen findet. Wenn man nun diesen echten Lügen nachgeht, so zeigt es sich, daß sehr oft Eltern oder Erzieher die Schuld daran tragen. In den meisten Fällen handelt es sich um sogenannte „Angstlügen“, um Falschaussagen, die von dem Kinde gemacht werden aus Angst vor der Strafe!

Ist der Mensch — dank seines Selbsterhaltungstriebes — nicht bis ins hohe Alter hinein darauf eingestellt, Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen? Können wir es da dem Kinde verargen, wenn es zur Lüge greift, um einer vielleicht viel zu harten oder ungerechten Strafe zu entgehen? Die Fälle sind ungezählt, wo Kinder freiwillig und offen irgend etwas zugeben und eingestehen, und trotzdem von ihren Eltern und Lehrern geschlagen werden — als Strafe für die vermeintliche Untat nämlich. Ist es nicht zu verstehen, wenn das Kind nun bei nächster Gelegenheit leugnet und lügt, wenn dies der sichere Weg ist, strafflos auszugehen?

Lüge und Strafe: das ist eine Tragödie in zwei Teilen. Den ersten spielt das Kind, den zweiten die Erzieher. Aber die zweiten spielen mit größerer Ausdauer, größerer Gemeinheit und Gewaltanwendung. So kommt es, daß sich im Laufe der Jahre der jugendliche Gegenspieler den Erwachsenen und Erziehern anpassen muß: im Lügen mehr Großzügigkeit an den Tag legen, mehr Gemeinheit, mehr Unverschämtheit.

„Mein Kind lügt. Was soll ich tun?“ Nun, zuerst die Aussagen auf die Lügenmerkmale hin untersuchen, der Lügenhaftigkeit vorbeugen, statt sie später heilen zu wollen, selbst nicht lügen und das Kind nicht zur Lüge anhalten (was man ab und zu auch beobachten kann), für begangene Fehler nicht hart und ungerecht strafen, damit das Kind nicht aus Angst lügt.

Erna Glatzer.

Schulabbau — aber nicht Bildungsabbau

Klang es nicht einmal: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ und wo halten wir jetzt?

Waren wir nicht froh, Schule und Unterricht aus der muffigen Atmosphäre dozierenden Kathederregiments in ein Stadium gebracht zu haben, wo im freien Spiel der Kräfte jedem Gerechtigkeit werden sollte: Der Schwächerer sollte mit Geduld geleitet und zu einem Ziel gebracht werden, das seinen Gaben entsprach, Der Tüchtige sollte keinen Hemmschuh spüren und ehrlichem Wollen und sicherem Können sollte kein Ziel versperrt sein.

Jetzt legt man die Klassen zusammen, überlastet die Lehrkräfte — wie soll der Einzelne dabei gefördert werden? Man spart am Raum, an Licht und Luft, man spart an jungen, frischen Kräften, man wird an Lehrmitteln sparen, an gesundheitlichen Einrichtungen — man macht sich kein Gewissen daraus, was man dadurch an einer Generation stündigt, die weiß, daß es viel besser sein könnte, viel besser schon gewesen ist. Aber wie jedes Verbot schon in sich den Keim trägt zu seiner Umgehung, so wird dieser Schulabbau Kräfte wecken, die ihn in seinen allerschlimmsten Auswirkungen abwehren und unschädlicher machen können. Die Elternbeiräte haben hier einen Weg gebahnt, auf dem der scheinbare Rückzug nur eine Umgehung zu werden braucht. Haus und Familie werden zeigen, daß sie mehr sind als Nähr- und Schlafgemeinschaften.

Es ist doch so, daß für den etwas schwer begreifenden Menschen das Lernen im Aufbau von innen heraus leichter ist, als das Bewältigen einer Aufgabe von außen her im Wettlauf mit vielen, die schneller, tüchtiger, auffassungsgewandter sind.

Und da ist es eine wundervolle Aufgabe für die Väter und Mütter, bei diesem Aufbau Führer und Helfer zu sein. Wir werden damit erreichen, daß die Schwachbefähigten auch unter dem Druck des Schulabbaus nicht ganz verkümmern, daß die Jüngsten beim Übergang vom Elternhaus in die Schule nicht allzusehr Fremde und Neuland empfinden.

Wenn der von der Schule unverdaut mitgebrachte Lernstoff, der erst feindlich und unüberwindlich aussah, unter Mütters oder Vaters erklärenden Worten seine Schrecken verliert und schließlich in einer erfreulich verinnerlichten Form aufgenommen und begriffen wird, dann ist viel gewonnen. Dann wird die Freude am Lernen rege, nicht nur beim Kind, sondern auch bei den Eltern, die ihre Bildungslücken aufzufüllen sich stillschweigend bemühen werden, denn sie wollen sich keine Blöße geben. Und da wird — bei vorsichtigem und liebevollem Vergehen — auch etwas wiederkehren, was so viele Eltern und Erzieher heute vermissen: Die freiwillige Anerkennung der Autorität.

Der kluge, lernbegierige Heranwachsende wird solche Führung in anderer Form brauchen; Umwelt und Zeitgeschehen bieten gerade heute Probleme, an denen die Urteilskraft und Fähigkeit erstarbt. Daß daraus nicht Überheblichkeit und Anmaßung werde, dazu bedarf es der Anteilnahme von Eltern und Erziehern, die in der Gefäßtheit und Würde, mit der sie die unendlichen Lasten des Heute ertragen, ohne geistig und seelisch stumpf zu werden, lediglich durch ihr Vorbild, ihr Dasein das regulierende Gegengewicht bilden zu jugendlichem Überschwang.

Das sollen also Väter und Mütter und Erzieher tun. — Können sie das auch?

Es wird notwendig sein, daß sie zuerst an sich selber arbeiten; aber das kann wohltätige Ableitung und Entspannung sein von den allzu fühlbaren materiellen Nöten.

Und wo die eigenen Kräfte nicht ausreichen, ist es gewiß möglich, unter den Massen befähigter Abgebauter Menschen zu finden, denen es daran liegt, daß der Bildungsstand unserer Klassengenossen nicht sinkt.

Schulabbau — wir können ihn jetzt nicht verhindern. Bildungsabbau — den kann uns niemand diktieren.

Margarethe Hofmann.

Kapitalismus und Familie

Man hat Tausende von Kindern der verschiedensten Teile Deutschlands auf die Familienverhältnisse hin untersucht. Es handelte sich um Kinder aus Krippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimen. Diese Untersuchung der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit sollte hineinleuchten in die Wirkungen, die die Gegenwart auf „Bestand und Erschütterung der Familie“ ausübt. Wir wissen nicht, welche sozialen Schichten hierbei erfaßt sind, denn es ist erwiesen, daß die Familienverhältnisse in den Gruppen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Selbständigen verschieden sind. Aber diese Ergebnisse, die diese Untersuchung zutage gefördert hat, zeigen jedenfalls, daß die Familie heute in vielen Fällen sehr erschüttert wird.

Es wirft ein trauriges Licht auf die Familie der Gegenwart, wenn diese Untersuchungen zeigten, daß in Berlin nur 56 vH der dort untersuchten Kinder mit den Eltern zusammenleben. In Hamburg waren es 66 vH. Man kann nicht sagen, daß es sich hier etwa nur um Ausnahmen handelt. Die Durchschnittszahl war nämlich bei allen Kindern 72 vH. Ein hoher Prozentsatz, der durch die auffallenden Zahlen aus den Großstädten zustande kommt. Auch bezüglich der Berufsarbeit der Mutter zeigen die großen Städte besonders ungünstige Verhältnisse. In Berlin wurde bei 80 bis 86 vH der untersuchten Fälle Berufstätigkeit der Mutter festgestellt. Persönlich erwünscht war diese Arbeit den Müttern nicht. Lieber würden sie sich der Erziehung der Kinder widmen. „Den Männern Verdienst geben“, so schrieb eine Münchener Arbeiterfrau anlässlich dieser Untersuchungen, „denn braucht eine Frau nicht zu arbeiten und der Mann hat seine Ordnung und die Kinder auch, und dann wäre manches Familienelend zu vermeiden.“

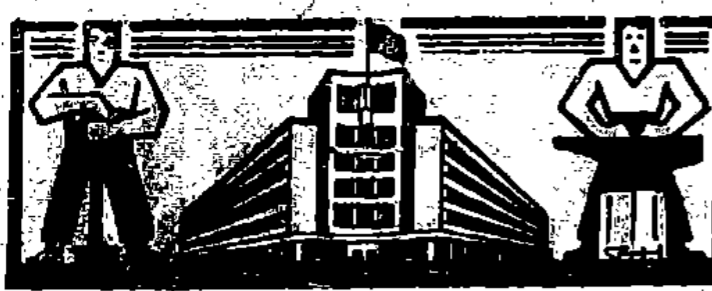
Es wird niemand bezweifeln können, daß nur eine Besserung der sozialen Lebensverhältnisse eine Hebung der Kultur der Familie bringen kann, und daß auch diese Untersuchungen die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsordnung und Kultur beweisen.

Aus einem Briefkasten

Selma K. Schandau. Ihr Freund hat Ihnen etwas vorgeflunkert: Wilde Löwen fressen keine Datteln. Desgleichen hat er mit der Behauptung, Affen seien Maulbrüter, den Mund zu voll genommen. Tintenfische pflanzen sich in der Gefangenschaft nicht fort, sondern laichen auf Löschpapier.

Sterngucker in Bielefeld. Natürlich hat der Mond eine Rückseite, doch kommt sie praktisch nicht in Frage, da die Entfernung zu groß ist. Warum die Erdbahn ellipsenförmig ist, können wir nicht entscheiden, wahrscheinlich spielen Ecken aus-respart werden.

Tischler in Beuthen. Wenn die Frau den Betrieb weiterführt, muß sie auch für einwandfreies Werkzeug sorgen; jedenfalls können Sie sich weigern, mit der alten Säge zu arbeiten.



Verbandsleben



Von der Solidarität unserer Angestellten

Die Bezahlung der Gewerkschaftsangestellten ist ein beliebter Gegenstand der politischen Demagogie geworden. Die „Riesengehälter der Bonzen“ spielen in der Agitation der Nazis und der Kommunisten und ihrer Artgenossen eine hervorragende Rolle. Diese gerissenen Geschäftspolitiker verschweigen zwar völlig, was sie selbst für ihre unsaubere Kunst bekommen, um so eifriger bemühen sie sich, über die Bezahlung der Gewerkschaftsfunktionäre zu schreiben. Der Zweck der Übung liegt auf der Hand: alle Arbeiterfeinde, insbesondere die Nazis und Kommunisten, wissen sehr wohl, daß es bis zu ihrem höchsten Ziele, bis zur Zerschlagung der Gewerkschaften, lange Weile hat, solange die Gewerkschaftsmitglieder mit ihren Funktionären einträchtig zusammenstehen. Darum wird emsig versucht, die Gewerkschaftsfunktionäre zu verleumdern und die Mitglieder gegen ihre treuesten Freunde und Helfer aufzuheizen; darum wird fortgesetzt geübt, die Gewerkschaftsangestellten üben jetzt in der schweren Notzeit keine Solidarität mit ihren Kollegen, sondern stecken nach wie vor ihre weiß Gott wie hohen Gehälter ein. Und um dem Schwindel den Anschein der Wahrheit zu geben, werden von dieser oder jener Gewerkschaft oder von diesem oder jenem Angestellten eine vierstellige Gehaltssumme angeführt, obwohl es eine solche in keiner freien Gewerkschaft je gegeben hat.

Wenn solch ein Schwindel fortgesetzt verbreitet wird, kann es nicht wundernehmen, daß er hier und da verfangt, freilich nur bei Mitgliedern, die sich nicht um die inneren Angelegenheiten ihrer Organisation kümmern. Als ein Beispiel kann ein Kollege gelten, der in der Aussprache über den Vorschlag betreffend Beitragserabsetzung in der MZ schreibt, wenn die Gehälter der Angestellten um 50 vH herabgesetzt würden, sie immer noch 100 vH über den Lohn eines gelernten Facharbeiters lägen.

Der Kollege berichtet sich jetzt: er will an die Stelle der 50 vH nur 30 vH gesetzt wissen. Doch auch in dieser Abschwächung ist seine Meinung falsch, total falsch. Dies gleich anschließend an die Notiz zu betonen, dünkte uns nicht paßlich, sondern wir glaubten, nach Abschluß der Aussprache über den Vorschlag die Sache allgemein beleuchten zu sollen. Was nun geschieht.

Vor allem sollten sich die Mitglieder viel eingehender um die Angelegenheiten ihres Verbandes kümmern, damit sie ihren eignen Feinden und den Feinden ihrer Organisation heimsuchen können, wenn sie schwindeln. Was mit den Beiträgen der Mitglieder geschieht, kann jedes Mitglied aus der alljährlichen Abrechnung in der Metallarbeiter-Zeitung und dann noch ganz ausführlich aus den Jahrbüchern ersehen. Und wie hoch die Gehälter der Angestellten sind, können die Mitglieder in jedem Protokoll des Verbandstages nachlesen. Dort werden die Mitglieder auch finden, daß die Gehälter niemals von den Angestellten selbst festgesetzt werden, sondern nur von den Vertretern der Mitgliedschaft, und sie werden, manche vielleicht zu ihrem Erstaunen, finden, wie ungeheuer viel die Demagogen zu den Gehaltsätzen hinzuschwindeln.

Dann sollten die Mitglieder die Zeitung ihres Verbandes viel gründlicher lesen. Würden sie das tun, sie könnten den Schwindlern dienen, die da behaupten, die Angestellten üben jetzt in der Notzeit keine Solidarität mit ihren Kollegen. Die Angestellten haben schon vor langer Zeit, es dürfte anderthalb Jahre her sein, erst auf 8 vH, dann auf 10 vH, und mit der 4. Notverordnung auf 15 vH ihres Gehaltes verzichtet zugunsten ihrer notleidenden Kollegen. Das ist seinerzeit den Mitgliedern in der Zeitung zur Kenntnis gebracht worden. Nicht deutlich genug vielleicht. Wenn es nach den Angestellten gegangen wäre, wäre davon überhaupt nicht gesprochen worden, weil sie das Bringen von Opfern für ihre Kollegen für eine Selbstverständlichkeit halten, die ohne Aufhebens erfüllt wird. Eine solche Schweigsamkeit kann aber, wie man jetzt sieht, auch vom Übel sein, weswegen wir hier davon etwas ausführlich reden.

Mit den obenerwähnten Gehaltsverzicht hat es aber noch lange nicht sein Bewenden. Viels unserer Angestellten haben noch auf weit größere Teile ihres Gehaltes freiwillig verzichtet, als in den genannten Hundertsätzen zum Ausdruck kommt. In einer langen Reihe unserer Verwaltungsstellen ist der freiwillige Verzicht bis auf jetzigen Verdienst der schaffenden Kollegen herunter, nein noch darunter gegangen. Auch diese Angestellten wollen nicht, daß öffentlich davon gesprochen wird, weil sie das Opfer eben für selbstverständlich halten. Einem Teil der Mitglieder, der sich um die örtlichen Angelegenheiten kümmert, ist das wohlbekannt, für den andern Teil sind diese Zeiten geschrieben. Sie sind geschrieben, damit die Kollegen nicht jedem Schwindel ihrer Feinde aussetzen und damit deren Spekulation auf ihre Unkenntnis fortan fehle.

Schriftleitung.

Der Arbeitslose und die Gebäude-Sondersteuer

Der Schlosser Fl. seit mehr als drei Jahrzehnten in Mannheim ansässig und Mieter einer sogenannten Althauswohnung, ist arbeitslos. Nach einem halben Jahr hörte die Arbeitslosenunterstützung auf. Die Krisenunterstützung begann. Aber da Fl. noch einen Sohn bei sich hat, der in Arbeit steht und mehr als 35 M die Woche verdient, hat der alte Fl. laut Notverordnung keinen Anspruch auf Krisenunterstützung. Der Sohn muß also die Eltern vollkommen erhalten. Das ist schwer für den 57jährigen Sohn, der nun nicht mehr Herr seiner Zukunftsgestaltung ist; noch schwerer aber ist es für den noch rüstigen und arbeitswilligen Vater.

So versucht er wenigstens, ihm die gesetzlichen Steuererleichterungen zu bewirken. Bei der Einkommen- und Kirchensteuer wurden Erleichterungen auf Grund der gegebenen Unterlagen bewilligt. Nun wollte Fl. sich auch die Gebäude-Sondersteuer vom Hause schaffen. Als ihm aber an der Tür des Amtszimmers ein Plakat mit der Aufschrift „Mietunterstützung aus Mitteln der Gebäude-Sondersteuer“ entgegenblitzte, kehrte er beschämt um. Er will doch keine Mietunterstützung, die Wohnungsverhältnisse soll der Sohn nur für ihn bezahlen. Er will nur diese Steuer erlassen haben, weil er ohne Einkommen ist.

So gab sich Fl. einige Wochen später wieder einen Ruck, ging durch die Türe mit dem Plakat und brachte sein Anliegen vor. Demzufolge erließ er zwei Verordnungen, deren eine er selbst, das andere sein Hauswart als Beglaubigter und Bevollmächtigter seines Gesuches unterschreiben hatte. Sodann brachte er die beiden Formulare wieder zurück. Wochen vergingen. Dann kam ein Herr von der Stadt — kann auch ein Armenpfleger gewesen sein —, fragte, was schon in den Verordnungen beantwortet stand, und noch dies und das. Wieder nach einiger Zeit kam vom städtischen Steueramt der schriftliche Bescheid:

„Unterstützung lebensbedürftiger Mieter betr. — Ihren Antrag kann nicht stattgegeben werden, da bei der Höhe des Ihnen Hauswerte zur Verfügung stehenden Einkommens nach

den Grundsätzen des Stadtrats eine Mietunterstützung aus Mitteln der Gebäude-Sondersteuer nicht gewährt werden kann — — —“

Nun schämte sich Fl. erst recht und mußte zudem noch die Schelte seiner Frau hinnehmen, weil er fruchtlos seinen guten Namen verunehrt habe. Wütend ging er zu einem Stadtratmitglied und protestierte: „Wieso kann der Stadtrat unterstellen, daß ein Vater über das Brutto-Einkommen seines volljährigen Sohnes verfügen darf? Ist es nicht genug, wenn der Sohn die Lebenshaltung der Eltern vollständig bestreitet, muß er ihnen da noch diese Sondersteuer bezahlen! Und wenn dem Sohne die Sache zu bunt wird und er die Konsequenzen zieht, was dann! Will man denn durch solches Unrecht die Jugend mit Gewalt radikalisieren!“

Der so Überfallene meinte: „Ja, ich weiß, daß das mit der Sondersteuer hart und ein Unrecht ist, aber dagegen wird nichts zu machen sein, ich habe diese Fälle schon öfter gehabt und mich vergebens bemüht; versuch dein Glück mal selbst.“ — „Diese Mühe kannst du dir sparen; der Herr Dr. Soundso kann dir auch nur, wie mir, die Paragraphen vorlesen, aber nicht helfen, ich hab's mitgemacht“, ließ sich ein zuhörender anderer Arbeitsloser vernehmen. Fl. unterließ nun weitere Schritte. Er sucht sich mit der Einsicht abzufinden: Das Leben gleicht einer bösen Zange, die zwickt und zwackt die Ehrlichen und Anständigen am ärgsten. Fr. Fl.

Das Lied vom kleinen Funktionär

Man sollt' das Lied von Mund zu Mund
Mit Stolz und Ehrfurcht tragen,
Das Lied vom „Kleinen Funktionär“
In schicksalsschweren Tagen!

Denn wie er kämpft, wie er sich schlägt
Bedrängt von allen Seiten,
Das muß uns unvergeßlich sein
Für alle, alle Zeiten.

Er steht im Werk, er steht im Tag,
Er steht im rauhen Leben,
Von Haß und Hohn und Hinterlist
Wie nie zuvor umgeben.

Er ist ein Mensch, ein Mensch wie wir,
Mit Wünschen und Beschwerden —
Und doch stellt er sein „Ich“ zurück,
Den Sieg nicht zu gefährden.

Wie oft, wie oft entsagt er still
Des, das wir wichtig schätzen,
Um ungehemmt die ganze Kraft
Im Kampfe einzusetzen.

Der beste Dank ist: gleiches tun,
Wie er, in gleicher Treue,
Ist: unermüdet sein, wie er,
Zu jeder Stund' aufs neue!

Man sollt' das Lied von Mund zu Mund
Mit Stolz und Ehrfurcht tragen,
Das Lied vom „Kleinen Funktionär“
In schicksalsschweren Tagen!

Tutt, ein Wirker.

Wer kann die verbilligten Kohlen beziehen?

Von einem Berliner Kollegen wird uns geschrieben: In Nr. 5 der MZ hat Demokritus in einem Artikel den arbeitslosen Kollegen dargelegt, auf welche Preise oder Preisnachlässe noch die 30 Pf. Nachlaß kommen. Dort heißt es: — — — sofern für Unterstützungsanwärter durch Preisnachlässe der Kohlen-syndikate und des Groß- und Kleinhandels sowie durch Frachtermäßigung oder Ermäßigung auf Kosten des Fürsorgeverbandes bereits Preisverbilligungen erzielt sind, 30 Pf. unter diesen verbilligten Preisen liegen.

Dem Verfasser ist hier ein Irrtum unterlaufen, nämlich: Das Ostelhische Braunkohlensyndikat gibt an Arbeitslose Scheine aus mit dem Vermerk: 1 Zentner Briketts für 1,35 M. Nach meinen Erkundigungen trifft es aber nicht zu, wie der Verfasser schreibt, daß auf diese oder andere Syndikatscheine ein Nachlaß von 30 Pf. gewährt wird. Den erwähnten Artikel mit einem Syndikatschein habe ich dem Vorsteher meiner Stempelstelle sowie dem Arbeitsamt Berlin Mitte vorgelegt. Da habe ich mitgeteilt bekommen: Die 30 Pf. Preisnachlaß kommen nur bei Vorlegen oder Abtrennen der Reichsbezugscheine in Anrechnung. Bei Bezug von Kohlen auf andere Scheine irgendwelcher Art mit vorgedruckten Preisen findet keine Anrechnung dieser 30 Pf. statt.

Sollte man ein Großhändler von sich aus, was wohl schwerlich vorkommen dürfte, den Arbeitslosen die Kohlen billiger berechnen, so findet auch hier die Anrechnung von 30 Pf. nicht statt. — Diese 30 Pf. auf 1 Zentner Kohlen werden dem Händler zurückerstattet, wenn er eine entsprechende Anzahl Abschnitte der Reichsbezugscheine abliefern! Dies zur Richtigstellung.

Jubilärfest in Brieg

Am 20. Februar konnte die Verwaltungsstelle Brieg, Bezirk Breslau, 7 Kollegen als Jubilare ehren, von denen drei 30 Jahre und vier 25 Jahre dem DMV angehören. Der Bevollmächtigte, Kollege Kaiser, begrüßte die Anwesenden und richtete Worte des Dankes und der Anerkennung an die Jubilare. Ihr Beispiel solle anspornend auf alle Kollegen wirken. Von der Bezirksleitung überreichte Kollege Knorr den Jubilaren die Glückwünsche der Bezirksleitung und des Vorstandes. In seiner Ansprache dankte er ihnen für die Treue, die sie in guten und schlechten Tagen dem DMV gewahrt haben. Mit Stolz können wir auf die Leistungen unserer Organisation blicken. Dank gebührt auch den Frauen der Jubilare, die in vollem Verständnis für die Aufgaben der Arbeiterbewegung den Männern treu zur Seite standen. Als Anerkennung wurde den Jubilaren eine Ehrenurkunde und des silbernen Verbandsabzeichens überreicht. Kollege Schwittalle dankte im Namen der Jubilare für die zeitig gewährte Ehrung und gelobte auch weiterhin für den Verband zu kämpfen. Mit einem Hoch auf den DMV wurde der offizielle Teil der Feier geschlossen. In gemütlicher Weise blieben dann die Kollegen mit ihren Angehörigen noch einige Stunden zusammen.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 13. März, ist der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. März 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Duisburg:
Paul Kowalski, Magaziner, geb. am 3. April 1896 zu Duisburg, Mitgliedsbuch Nr. 3 701 681, wegen Nichtabrechnen von Beitragsmarken.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

Nach Rotterdam, Schiffswerft und Maschinenfabrik P. Smit Jr. (Streik).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Franz Metz Jubilar

Nicht ein Altersjubiläum begeht unser Vorstandsekretär Franz Metz in diesen Tagen, sondern das Jubiläum als Angestellter des Verbandes. Er wurde nämlich von 25 Jahren, im März 1907, zum Angestellten unserer Ortsverwaltung in Frankfurt a. M. erkoren. Für die Würdigkeit der Wahl hatte der dreißigjährige Schlossergeselle in seiner Eigenschaft als Branchenleiter der Heizungs- und Monteur- und Mitglied der Ortsverwaltung Tatbeweise genügend gegeben. Da die Beweise überdurchschnittlich waren, wurde er im Jahre 1910 in die Frankfurter Bezirksleitung berufen. Auf unseren Verbandstagen der Nachkriegszeit stand Franz Metz in vorderster Reihe. Als auf dem Karlsruher Verbandstag eine Lücke im Vorstand des Verbandes ausgefüllt werden mußte, für welches Amt die Bewerber reiflich geprüft werden, fiel die Wahl auf unseren Jubilar. So gehört er denn seit 1928 dem Vorstand als Sekretär an.

Damit ist indessen nur die eine Seite der Tätigkeit unseres Jubilars für die Arbeiterbewegung angedeutet. Auf politischem Felde ist er ebenfalls fleißig tätig gewesen. Wäre nicht auch diese Tätigkeit außerordentlich gewesen, die sozialdemokratischen Parteimitglieder des Frankfurter Kreises hätten ihn schwerlich mit dem höchsten Amte, das sie vergeben können, mit dem Mandat des Reichstagsabgeordneten betraut. Bei unserem Kollegen ist die politische und die gewerkschaftliche Tätigkeit eins. Auf beiden Gebieten wirkt er gleich eifrig und gleich tüchtig für die Arbeiterschaft. Daß dies keine bloße Redensart ist, können zahlreiche Betriebsräte bezeugen, denen er als Reichstagsabgeordneter, besonders jetzt in der Zeit der Not, ein immer hilfsbereiter und recht tatkräftiger Anwalt gewesen ist; und das werden im ganzen Lande unsere Ortsverwaltungen und Kollegen bezeugen, denen unser Vorstandsekretär als Verhandlungsführer, Redner und Organisator wecker beigestanden ist.

Doch es ziemt sich nicht, bei dieser Gelegenheit eine vollständige Darstellung der fleißigen gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit von Franz Metz zu geben. Denn er begeht ja erst sein Angestelltenjubiläum und, gottlob, noch nicht sein Altersjubiläum, das heißt, daß er, der 54jährige, noch lange nicht am Ende seines Wirkens ist. Immerhin gebührt es sich, noch zu sagen, daß unser Jubilar nicht bloß ein tüchtiger Anwalt der Arbeiterschaft ist, sondern er ist auch ein feiner Mensch. Im persönlichen Verkehr wie im harten politischen Streit ist er die Freundlichkeit selbst. Diese köstliche Gabe der Natur kommt ihm vortrefflich zustatten. Mit diesem wertvollen Pfund hat er sich selbst und seiner, das ist unserer gemeinschaftlichen Sache unzählige Freunde erworben. Das noch recht lange tun zu können, möge Franz Metz vergönnt sein. Dies wünschen wir ihm vor allem bei seinem Jubiläum.

Kündigung und Mutterschutz

Nach § 4 des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft ist in einem Zeitraum von sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft einer Arbeiterin deren Kündigung durch den Arbeitgeber unwirksam, wenn ihm die Schwangerschaft oder Niederkunft bekannt war oder ihm die Arbeiterin davon unverzüglich nach Erhalt der Kündigung Kenntnis gibt. In seinem Urteil vom 29. April 1931 (RAG 501/31) hat das Reichsarbeitsgericht ausgesprochen, daß auf Grund dieser Bestimmung eine während der Schutzfrist ausgesprochene Kündigung überhaupt keine Rechtswirksamkeit auslöst. Es weist die Auffassung zurück, daß eine derartige Kündigung auf das Ende der Schutzfrist wirke und nach deren Ablauf das Arbeitsverhältnis ende. Eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses tritt nur dann ein, wenn der Arbeitgeber nach Ablauf der Schutzfrist kündigt.

Freistellung von Betriebsratsmitgliedern

In einem Streit über die Notwendigkeit der täglichen Freizeit des Arbeiterratsvorsitzenden zur Erledigung seiner Amtsgeschäfte hatte das Arbeitsgericht entschieden, daß diesem hierfür täglich 2 1/2 Stunden zu gewähren seien. Das Reichsarbeitsgericht hat am 10. Oktober 1931 die hiergegen eingelegte Rechtsbeschwerde zurückgewiesen. Es sei zulässig, den Betriebsratsmitgliedern im voraus für ihre amtliche Tätigkeit eine bestimmte Freizeitzuzubilligen. Das Maß dieser Freizeitz müsse unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Arbeitsverhältnisse festgesetzt werden und könne im Rechtsbeschwerdeverfahren nicht nachgeprüft werden (RAG RB. 61/31).

Verstärkung durch Vereinigung

Das Ergebnis unseres Versuches

Als die Metallarbeiter-Zeitung vor einiger Zeit ihren Appell zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit erging, sprach sie damit insofern Hunderttausenden von Arbeitern aus dem Herzen, als das geschlossene Auftreten aller Lohnempfänger gegen den Lohnabbau und die Unternehmerwillkür heute unbedingt ein Gebot der Selbsterhaltung ist. Es wurde ganz richtig in der MZ gesagt: „Wir wollen nicht warten, bis wir gar keinen Lohn mehr haben, ehe wir uns zusammenfinden... Ein christlicher, ein Hirsch-Dunckerscher Arbeiter erhält nicht weniger Lohnabzug, wird nicht weniger von der Seuche der Arbeits- und Existenzlosigkeit verfolgt als sein freigewerkschaftlicher Leidens- und Kampfgenosse.“ In jeder Arbeiterversammlung muß man immer wieder die Worte des Kollegen K. V. wiederholen: „Es hat für die Gewerkschaftsbewegung noch nie eine Zeit gegeben, wo so viel für sie auf dem Spiele stand wie heute. Und es hat noch nie eine Stunde gegeben, wo die organisierte Arbeiterschaft die völlige Einigkeit so nötig hat wie jetzt.“

Der Gedanke ist so einleuchtend, so einfach, daß man glauben sollte, er würde unter dem Druck der gemeinsamen Not von allen Richtungen freudig aufgegriffen und mit höchster Beschleunigung in die Tat umgesetzt. Doch wie so oft begegnet auch hier das Einfache und Logische den allergrößten Schwierigkeiten, ja der offenen Feindschaft und böswilligen Sabotage. Heute können wir das Ergebnis der von der MZ aufgegriffenen Einheitsbestrebungen feststellen. Es ist leider schlimmer, als selbst der Pessimist annehmen konnte.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine

Relativ am zugänglichsten zeigte sich der Regulator, das Blatt der Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter. Er lehnte wenigstens nicht ab. Aber statt einer positiven Antwort stellte er drei Fragen. Soweit unter Punkt 1 und 2 die parteipolitische und religiöse Meinungsfreiheit verlangt wird, enthalten sie Selbstverständliches. Unter Punkt 3 wird aber in versteckter Form die Ablehnung des Klassenkampfgedankens, also die Anerkennung der bürgerlichen Gewerkschaftsauffassung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, verlangt. Seitdem ist es im Hirsch-Dunckerschen Lager ruhig geworden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß zwar im Gewerkverein der Metallarbeiter selbst, der mit seinen etwa 70 000 Mitgliedern der weitaus stärkste Gewerkverein ist, Neigung zur Vereinigung mit dem Metallarbeiter-Verband besteht. Bei den anderen, durchweg kleinen und unbedeutenden Gewerkvereinen aber dürfte ein ähnliches Bestreben deshalb nicht bestehen, weil ihre Führungen glauben, dabei nicht auf ihre Kosten zu kommen. Aus diesem Grunde werden sie auch den Gewerkverein der Metallarbeiter zurückhalten, denn ohne ihn wären auch die kleinen Verbände und damit der ganze Verband Deutscher Gewerkvereine nicht mehr lebensfähig. Es dürfte also auch hier vorläufig alles beim Alten bleiben.

Auf die Dauer wird sich das allerdings nicht halten lassen, um so weniger, als die Mitglieder des Gewerkvereins in den Betrieben fast überall aufs engste mit den Kollegen des Metallarbeiter-Verbandes zusammenarbeiten und in ihrer Mehrzahl eine organisatorische Vereinigung lieber heute als erst morgen sehen würden.

Und die christliche Gewerkschaftsführung?

Wichtiger ist jedoch die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, die zahlenmäßig viermal so stark sind wie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Der Gesamtverband der christlichen (Arbeiter-)Gewerkschaften zählt heute rund 600 000 Mitglieder. Der christliche Metallarbeiterverband hatte Ende 1929 eine Mitgliederzahl von 124 000, dürfte seitdem durch die Krise wesentlich verloren haben. Da auch mit ihm und besonders seitens der Betriebskollegen in der Praxis eine enge Zusammenarbeit besteht, überrascht die schroffe Ablehnung des Vorschlags der MZ durch die christliche Gewerkschaftsführung. Der Gesamtvorstand der christlichen Gewerkschaften hüllte sich überhaupt in Schweigen. „Der Deutsche Metallarbeiter“ antwortete in seiner Nummer 48 vom 28. November 1931 gleich in zwei Artikeln. Der Verfasser G. W., das heißt der Schriftleiter Georg Wieber, setzt sich dabei aufs hohe Roß. Statt sachlich das Für und Wider zu behandeln, redet er vom „sterbenden Marxismus“, dessen „Aussichtslosigkeit“ die freien Gewerkschaften veranlasse, „unter den seltsamsten Begründungen Hilffstruppen zur Stärkung seiner Front heranzuziehen. Es verlohnt sich nicht, auf diese Dinge einzugehen. Diese Ausführungen werden schon durch die Tatsache widerlegt, daß die freien Gewerkschaften an Zahl sechs- bis siebenmal stärker sind als die christlichen. Dem christlichen Schriftleiter G. Wieber scheint es nicht gedämmert zu sein, daß es hier aber nicht um „Marxismus“ geht, sondern um die Existenz der ganzen Arbeiterschaft.

Entscheidend ist deshalb auch, was „Der Deutsche Metallarbeiter“ konkret zu dem Einigungsvorschlag sagt. Da schreibt G. W., daß die christlichen Arbeiter zwar in der gleichen Werkstätte stehen wie die sozialistischen, daß sie den gleichen Druck der Unternehmer und die gleiche Not fühlen und auch von Fall zu Fall gemeinsam kämpfen. Aber es bestehe eine — unüberbrückbare Kluft zwischen der christlichen und der sozialistischen Idee; das Weltbild der christlichen Arbeiter sei grundverschieden von dem der sozialistischen, der Gedanke einer Vereinigung sei deshalb „lächerlich“.

Nun, das „Weltbild“ aller Arbeiter ohne Unterschied der politischen oder religiösen Anschauung besteht darin, daß sie gleichermaßen von katholischen, evangelischen und jüdischen Unternehmern ausgebeutet, im Lohn auf Hungerration und als Arbeitslose auf die Straße gesetzt werden. Doch es hat keinen Zweck, weiter darüber zu streiten. Wir müssen die Tatsache, daß der Schriftleiter der christlichen Metallarbeiter die

organisatorische Vereinigung aller Ausgebeuteten schroff ablehnt, feststellen. Das darf aber nicht bedeuten, daß wir uns mit dieser Antwort einfach abfinden. Da der Existenzkampf der Arbeiterklasse ein geschlossenes Vorgehen aller Arbeiter gegen die Kapitalistenklasse bedingt, müssen wir durch direkten Appell an die Arbeiter alle Möglichkeiten zur geschlossenen Abwehrfront ausnützen.

Für diese Aufklärungs- und Propagandaarbeit ist es für alle Kollegen wichtig zu wissen, weshalb die Ablehnung der christlichen Verbandsführer so auffällig schroff ist. Die Ursachen liegen, wie uns scheint, auf politischem Gebiet. Es sind jene Bestrebungen bestimmter Kreise, die einen Ausgleich zwischen dem Zentrum und der Nationalsozialistischen Partei zwecks gemeinsamer Regierungsbildung herstellen wollen. Die christlichen Gewerkschaften werden insofern als eine geeignete Brücke betrachtet, als hier ohnedies schon eine Querverbindung über den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV) und den christlichen Landarbeiterverband besteht. Beide sind dem christlichen Gewerkschaftsbund (DGB) angeschlossen, beide sind in ihrer Führung aber schon stark von den Nationalsozialisten durchsetzt. Eine Reihe Naziabgeordneter nehmen führende Stellungen im DHV ein.

Wenn auch noch von keiner endgültigen Vereinigung gesprochen werden kann, so haben doch offensichtlich bestimmte Führer im DGB, die in dem Tageblatt der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ tonangebend sind, ein Interesse daran, die Nazis nicht vor den Kopf zu stoßen. Über diese Fragen hat es im November und Dezember eine sehr aufschlußreiche Aussprache zwischen dem „Deutschen“ und dem „Völkischen Beobachter“ gegeben. „Der Deutsche“, das christliche Tageblatt, betonte dabei zwar immer die angebliche politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften, im übrigen aber waren seine Ausführungen auffällig nazifreundlich. Immer wieder wurde den Nationalsozialisten versichert, daß die Christen keine Gegner des Nationalsozialismus wären, daß sie stets einen Kampf gegen die NSDAP abgelehnt hätten, daß sie nach wie vor aber schärfste Gegner des Marxismus seien und sogar schon viel früher als die Nationalsozialisten gegen den Marxismus kämpften.

Muß schon das unsere größte Aufmerksamkeit wecken, so nicht minder die Tatsache, daß sich in den christlichen Gewerkschaften selbst Neigungen für die Anwendung faschistischer Methoden und Ideen bemerkbar machen. Bekanntlich bestehen in Italien an Stelle der gewaltsam zerschlagenen Gewerkschaften die sogenannten Korporationen. Das sind staatliche Zwangsorganisationen, in denen die Arbeiter zwar Beiträge zu zahlen, aber nicht das Geringste zu sagen haben. An der Spitze dieser Korporationen stehen von der Regierung ernannte Faschisten, die mit den ebenfalls den Korporationen angehörenden Unternehmern die Lohn- und Arbeitsbedingungen „regeln“. Es ist nun sehr auffällig, daß auch der christliche Führer und derzeitige Reichsarbeitsminister Stegerwald seit mehr als einem Jahr immer wieder öffentlich für ein derartiges „berufständisches“ System eintritt. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ sprach sich in einer seiner letzten Nummern ebenfalls für „Korporationen als lebendige Träger einer sozialen Ordnung“ aus.

Das alles zeigt die tieferen Gründe der schroffen Ablehnung der christlichen Führung. Uns erwächst daraus die Pflicht, allen, auch den christlichen Arbeitern, diese Dinge aufzuzeigen und sie zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus in jeder Form aufzurufen. Die Geschichte gerade unseres Verbandes lehrt, daß wir jederzeit die große Mehrheit der Arbeiter — auch in den vorwiegend katholischen Gebieten — hinter uns bekamen, wenn wir nicht nur entschlossen gegen das Kapital gekämpft, sondern auch rücksichtslos die arbeiterfeindlichen Bestrebungen der christlichen Gewerkschaftsführung aufgezeigt haben. Handeln wir auch heute danach! Es wird zwar ein anderer Weg zur Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter sein, aber bestimmt der zuverlässigste und erfolgreichste. t. e.

Wann?

Die Aussprache in der Metallarbeiter-Zeitung über die Notwendigkeit, zu einer einheitlichen Organisation der Arbeiter in Berufsorganisationen zu gelangen, haben bei hunderten Tausenden Arbeitern ein neues Licht der Hoffnung angezündet, ein neues Ideal lebendig gemacht oder wieder erweckt. Dabei ist es aber vorerst geblieben. Große Aufgaben brauchen Zeit, gewiß; aber von der Begrabung des Kampfbildes unter den Arbeitern haben schon unsere Väter und Großväter geträumt, und es findet seit sechzig Jahren kaum eine Gewerkschaftsversammlung statt, in der nicht die Einheit der Gewerkschaftsbewegung als Ideal aufgestellt wird. Die große Aufgabe hat schon Zeit genug gehabt, zu reifen. Es wird endlich notwendig, daß etwas geschieht.

Kein Ideal erfüllt sich von selbst. Jeder große Plan braucht Menschen, die sich dafür einsetzen, die von der Hoffnung zur Tat übergehen. Es muß auch endlich geklärt werden, welche Leute bloß von dem Ideal der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung reden, es aber nicht ernst meinen. Wer will wirklich die Einheit? Wer ist bereit, auch Opfer für die Einheit zu bringen? Und wer will andererseits den großen Gedanken nur als Agitationsphrase benutzen, will heimtückisch damit Geschäfte machen, ohne das Ideal ernst zu nehmen? Es gibt solche und auch solche. Die Aussprache vor einigen Monaten in verschiedenen Gewerkschaftsblättern hat ja schon einigermaßen gezeigt, wo die Freunde und wo die Gegner der Einheit sitzen.

Kein Zeitpunkt ist so günstig für eine Neuformierung der Kräfte auf der Arbeiterseite wie der jetzige. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind die Arbeiter allewege der schwächere Teil. Täuschen wir uns darüber nicht. Die Treue der Arbeiter zu den Gewerkschaften ist bewundernswert, aber wir können heute nur mühsam abwehren, nicht angreifen, nicht neues Gebiet gewinnen. Wie lange soll das so bleiben? Wollen wir nichts tun, diesen Zustand so ändern? Dann wird uns das Fell noch über die Ohren gezogen. Heute, wo jeder Betrieb, jeder Staat, jede Organisation neu um ihre Existenz kämpft, können auch die Gewerkschaften nicht die Hände in den

Schoß legen in der Hoffnung, daß die Gewerkschaften von selbst überlebt. „Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“

Wenn etwas in der Vergangenheit gut oder erträglich war, steht noch keineswegs fest, daß es auch für die späteren Zeiten der Zukunft gut ist. Kurzum, wir müssen neue, bessere Formen der Gewerkschaftsarbeit suchen, soweit es nötig ist. Wir müssen unsere Kräfte erneuern und verstärken, neue Schanzenspitzen errichten. Von Nichts kommt nicht. Deshalb aber müssen wir die Kraft- und Geldverschwendung beseitigen, die durch eine unzüchtige Vielzahl von Organisationen entsteht. Wir Arbeiter im Betriebe lassen uns nicht mehr durch den Ehrgeiz kleiner Führer trennen. Und wir haben auch kein Interesse mehr daran, daß kleine Pöstchen erhalten bleiben, bloß damit die Amtsinhaber eine Existenz haben. (Sehr richtig: Schriftleitung.) Wenn die Führer nicht bald vorwärts machen, wird der Arbeiter im Betriebe, der Arbeitslose am Stempelschalter die Einheit herbeiführen. Wir haben lange genug gewartet. H. M., Köln

Weiter dem Ziele zu!

F. K. Als in der Metallarbeiter-Zeitung die Aussprache über die Verstärkung durch Vereinigung in Gang gebracht wurde, hat es wahrhaftig keine Illusion gegeben. Wir kannten und kennen sehr wohl die großen Balken und kleinen Menschen, die einer solchen Vereinigung im Wege stehen. Andererseits aber wußten und wissen wir, daß die Vereinigung die Herzenssache der Gewerkschafter aller Richtungen ist und ein Lebensbedürfnis der gesamten Arbeiterschaft.

Der tausendfach aus der Tiefe kommende Ruf nach Zusammenschluß durfte nicht mehr ungehört verhallen. Ihm gerecht zu werden, mußte endlich ernstlich versucht werden. Das ist in diesen Spalten, in dem Blatte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, geschehen. Der Große ist am ehesten berufen und verpflichtet, große Dinge ins Rollen zu bringen. Das ist im DMV schon deswegen leicht, weil bei ihm vom Mitgliederstamm bis zur Spitze der Wille zur Vereinigung der Kräfte gleichmäßig stark ist. Überdies wird im DMV die Frage des Zusammenschlusses nicht durch kleinliche Bedenken beeinträchtigt. Er hat Zusammenschlüsse schon oft mitgemacht, und dies mit beruflich und geistig — vielleicht auch politisch und religiös — recht unterschiedlichen Berufsgruppen. Es hat dabei nie an Bedenken und Besorgnissen gefehlt. Sie sind aber alle gleich nach dem Zusammenschluß verdunstet. Die hereinkommenden Gruppen fühlten sich in dem geräumigen Hause des DMV bald heimischer als vorher in ihrer engen Bude, und sie belächelten bald ihre einstigen Bedenken und bedauerten, nicht schon eher den Übergang vollzogen zu haben. Das kommt nicht von ungefähr.

Im DMV ist das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder kein leeres Wort. Jedem Mitglied steht die Verbandszeitung offen, so daß er seine Meinung der ganzen Kollegenschaft vortragen kann. Das Gefühl, zurückgesetzt oder von der Mehrheit vergewaltigt zu werden, kann weder dem einzelnen noch einer Berufsgruppe kommen. Kein Mitglied wird nach seiner religiösen oder politischen Auffassung gefragt. Nur eins wird deutlich verlangt, nämlich: daß jeder ehrlich und tüchtig mit seinen Kollegen für die Besserstellung der Arbeiterklasse kämpft. Das aber wollen, wenn wir nicht ganz irren, die Arbeiter aller gewerkschaftlichen Richtungen. Und diese Bedingung kann nur die Grundlage des Zusammenschlusses bilden.

Unser Versuch, dem Rufe nach Vereinigung der Kräfte gerecht zu werden, hat lautes Echo ausgelöst. Er ist in der Gewerkschaftspressen wie in den Betrieben eifrig erörtert worden. Die Aussprache hat einen nicht unwichtigen Teilzweck unseres Versuches erfüllt: sie hat Klarheit darüber geschaffen, wer die Vereinigung der Kräfte wirklich will und wer nicht.

Wie sich die leitenden Kreise im christlichen und im Hirsch-Dunckerschen Lager zu dem Zusammenschluß der Kräfte stellen, ist weiter oben dargelegt. Die Stellungnahme dieser Kreise ist für ihre Mitglieder sicherlich aufschlußreich. Die Mitglieder wissen nun, wo die Freunde und Gegner des Zusammenschlusses stehen, und sie wissen weiter, mit wem sie künftig wegen des Frevels der Zersplitterung zu reden haben.

Unser Versuch ist, praktisch gesprochen, negativ ausgefallen. Das kann jedoch den Kundigen nicht überraschen. Aber es kann und darf auch die Arbeiter, die die Vereinigung der Kräfte so notwendig brauchen wie das liebe Brot, nicht entmutigen. Es war erst der erste ernsthafte Versuch. Dabei wird es sein Bewenden nicht haben. Die Not lehrt nicht nur beten, sondern auch geschichtliche Notwendigkeiten erfüllen.

Die Einheit der proletarischen Organisation, die Vereinigung aller gewerkschaftlichen Richtungen, war von jeher das hohe Ziel der besten Gewerkschafter. Die Verwirklichung dieses Zieles ist ein Werk von ungeheurer, von geschichtlicher Größe. Dermaßen Großes braucht eine entsprechend große Kraft. Diese Kraft scheint noch immer nicht groß genug zu sein. Aber diese Kraft, die Not, wächst mit jedem Tag. Eines Tages wird sie groß genug sein, um über die großen Balken und kleinen Menschen hinweg das bedeutsame Werk zu vollbringen.

Es heißt nun, das Notwendige noch besser erkennen, es weiter verfolgen, es noch mehr geistig vorbereiten. Worauf die Kräfte fortan hauptsächlich zu richten sind, das ist, wie wir glauben, durch unseren Versuch den Mitgliedern aller Richtungen gezeigt worden.

Enttäuschungen in Rußland

In der Deutschen Techniker-Zeitung geben einige Techniker ihre unangenehmen Erfahrungen in Rußland bekannt. Ein Techniker hat sich in Berlin für ein Gehalt von 250 Rubel und der Zusage eines möblierten Zimmers anwerben lassen. In Moskau, wo er beschäftigt werden sollte, hatte man angeblich keine Wohnung für ihn und schickte ihn nach Nijni Nowgorod weiter. Hier angekommen, sollte er mit drei anderen Personen sein Zimmer teilen, das mit vier Pritschen und einem kleinen Tisch „möbliert“ und von ganzen Scharen von Schwaben bevölkert war. Der Kollege erfuhr dann, daß er am Tage zwei Schichten zu je sieben Stunden und am sogenannten Ruhetag eine Schicht zu arbeiten, zum Einkauf von Lebensmittel einen Fußweg von drei Stunden bei 35 Grad Kälte zurückzulegen hätte und in der russischen Arbeiterküche verpflegt würde. Verhandlungen mit der Direktion wegen einer besseren Unterbringung und Verpflegung verliefen ergebnislos, so daß sich der Kollege zur sofortigen Rückkehr nach Deutschland entschloß. Nach Moskau zurückgekehrt, gelang es dem Kollegen nach langen Verhandlungen, die kostenfreie Rückkehr durchzusetzen. Ohne die Hilfe der deutschen Botschaft wäre er aber während dieser Zeit verhungert. Der Kollege ist froh, wieder in der Heimat zu sein. Er betrachtet seine Stempelschneide jetzt mit ganz anderen Augen.

Ein anderer Techniker teilt der Techniker-Zeitung aus Rußland mit, daß dort seit dem 1. Februar eine ungeheure Preiserhöhung im Ausmaß von 50 bis 100 vH amtlich durchgeführt worden ist, ohne irgendeinen Ausgleich durch entsprechende Gehaltserhöhung. Der Kollege schreibt: „Wenn früher das Existenzminimum mit 500 Rubeln angesehen wurde, reichen jetzt vielleicht je Monat 1000 Rubel eben aus, es sei denn, der betreffende Kollege versichert darauf, in einem anständigen Europärrestaurant wenigstens einmal im Monat richtig zu essen. Anbei ein Beispiel, was dort das Essen für eine Person kostet: Suppe 4,80 Rubel, Fleischgang (billigster) 6,40 Rubel, Nachtisch (Süßspeise) 4,80 Rubel, dazu eine Flasche Mineralwasser 3 Rubel, plus 10 vH Zuschlag (in anderen Orten mehr, da dort die Zuschläge nach der Rechnungshöhe gestaffelt werden), so ergibt sich die nette Summe von 20,90 Rubel für eine Mahlzeit. Wo bleibt Frühstück, Abendbrot, Wäsche usw.?“

